

- Inhalt:
- Politische Studien- und Weiterbildungsfahrten 2007
  - Von den Azubis – Bericht über die Bildungsreise
  - Politische Runde in Potsdam
  - Zusammentreffen der Gewerkschaftsverbände im Justizbereich
  - Wortbruch durch das Justizministerium ? – Bericht der soz. Dienste
  - Was ist mit dem Konzept zur sachgemäßen Reduzierung von Gerichten?
  - Kontakte zu den Bürgerbüros der Abgeordneten
  - Schiff ahoi – Abschlussfeier 2007
  - Werbung für Wahl in den Personalrat steuerlich absetzbar
  - Kurz notiert



### Politische Studien- und Weiterbildungsfahrten 2007

Der Landesvorstand hat sich zum Ziel gesetzt, seinen Mitgliedern die Arbeit der Abgeordneten auf allen politischen Ebenen (Landtag, Bundestag und Europaparlament) und an den jeweiligen Orten zu ermöglichen.

Das persönliche Gespräch mit dem Abgeordneten und den Einblick in seinen politischen Alltag spiegelt die hohe Verantwortung, die jeder Bürger unseres Landes bei der Wahl „seines“ Abgeordneten hat, wieder.

Gleichzeitig werden auch die Abgeordneten durch diese persönlichen Begegnungen beim Wort genommen und gezwungen, sich den oftmals sehr kritischen Fragen, Bemerkungen und Hinweisen zu stellen.

Seit 2006 bietet der Landesvorstand u. a. jährlich 2 Fahrten in das **Europäische Parlament nach Straßburg** mit Europaabgeordneten unterschiedlicher Parteien an.

Die große Anzahl von Anmeldungen für diese Fahrten sind ein Zeugnis dafür, dass das Interesse und der Wunsch nach politischer Information und Weiterbildung zu **Europa** geweckt sind.

Erstmals haben an der Fahrt in das Europäische Parlament nach Straßburg auch 26 Azubis teilgenommen. Unbestritten war dies unser erster Versuch, einerseits die Azubis für die politische Arbeit und Auseinandersetzung zu interessieren und andererseits mit uns Lebensälteren mehrere Tage ununterbrochen und auf engem Raume zusammen zu sein.

Nicht nur in Straßburg, auch innerhalb von Deutschland war es interessant, Einblicke in das Arbeitsumfeld beim

Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof in Karlsruhe zu bekommen, die als höchst-richterliche Instanzen unserer juristisches Leben bestimmen.



Die gute Organisation der Reise im Juli 2007, verantwortlich dafür war der Abgeordnete Dr. Markow (DIE LINKE), die Disziplin und die Neugier der Gruppe machten diese Fahrt zum unvergessenen Erlebnis für alle Beteiligten.

Dass wir durch den Redakteur des „Oranienburger Generalanzeiger“ Dietmar Stork begleitet und durch ihn auch darüber berichtet wurde, hat diese Fahrt aufgewertet.

Der gemeinsame Abgesang alter Volkslieder während der Busrückfahrt ließen abermals Alt und Jung näher aneinanderrücken. Der Wunsch unserer Azubis auf weitere **gemeinsame** DJG- Fahrten und Unternehmungen wertet der Vorstand ebenfalls als Erfolg dieser Fahrt.

Natürlich werden wir diesem Wunsche auch im kommenden Jahr gerne nachkommen. Dazu werden wir auch künftig persönliche Kontakte zu den Abgeordneten herstellen und nutzen.

### Mit der Justizgewerkschaft auf Bildungsreise

Vom 08. bis 12. Juli 2007 fuhren 26 Auszubildende der Berufsgruppe Justizfachangestellte aus dem Oberstufenzentrum „Alfred Flakowski“ im Rahmen einer Bildungsreise, organisiert durch die Justizgewerkschaft, nach Straßburg. Ziel war es das Europa-Parlament und die Arbeit der Abgeordneten hautnah zu erleben. Gleichzeitig war ein Besuch des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe geplant.



Mit hohen Erwartungen und Neugier gingen wir auf die Reise und wurden nicht enttäuscht. Wir erfuhren viel Wissenswertes über die Arbeit der einzelnen Organe der Europäischen Union und konnten eine Plenarsitzung miterleben. Man gab uns genügend Zeit Fragen zu stellen und eigene Meinungen kund zu tun.

Besonders gelungen fanden wir den Besuch des Bundesgerichtshofes. Die Direktorin führte uns durch das Gebäude und erklärte uns interessant die Geschichte sowie die Arbeitsweise und erläuterte uns aktuelle Fälle dieser Gerichtsbarkeit.

Natürlich kam die Geselligkeit nicht zu kurz. Wir besichtigten die Altstadt von Colmar und konnten bei einem Winzer elsässischen Wein verkosten. Bei einem gemeinsamen Essen mit Abgeordneten im Straßburger Viertel „Petit France“ wurde der elsässische Flammkuchen mit Genuss probiert. Diese Tage trugen dazu bei Europa als Gemeinschaft mit anderen Augen zu betrachten und über Brandenburger Landesgrenzen hinaus zu denken.

Wir möchten uns besonders bei der Landesvorsitzenden der Justizgewerkschaft Frau Sabine Wenzel bedanken, die uns diese Fahrt ermöglichte.

Schüler/innen der 05JFA

## „Politische Runde“ in Potsdam

Bald ist es soweit. Am 06. November 2007 findet in Potsdam – Griebnitzsee in der Truman-Villa die erste „Politische Runde“ statt, unter anderem mit der Justizministerin des Landes Brandenburg Frau Beate Blechinger. Hier kann auch der kleine Bürger zu Wort kommen. Also unbedingt kommen, oder gibt es nicht Probleme in unserem Justizbereich? Die Themen und der Beginn der Veranstaltung werden noch gesondert mitgeteilt.

## Zusammentreffen der Verbände der Gewerkschaften für den Justizbereich

Die ver.di Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg Fachgruppe Justiz hatte zum 13.08.2007 eingeladen, um mit anderen Verbänden im Justizbereich eine künftige Zusammenarbeit abzuklären. Bei diesem Treffen, das erste dieser Art im Land Brandenburg, waren Vertreter der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) und von ver.di zugegen. Der Deutsche Anwaltsverein, Deutscher Gerichtsvollzieherbund sowie der Justizwachtmeisterverband wurden nicht geladen, obwohl sie auch zu den Verbänden des Justizbereiches gehören. Auch waren keine Vertreter vom dbb anwesend.



Wieso einige Gewerkschaften nicht geladen oder erschienen waren, kann nicht mit Gewissheit konstatiert werden.

Nach anfänglichen kontroversen Diskussionen über den Umgang der einzelnen Gewerkschaften untereinander, konnte man sich dahingehend einigen, dass sich die Vorsitzenden der einzelnen Fachverbände in regelmäßigen Abständen über gemeinsame Anliegen und Aktionen austauschen und darüber hinaus verstärkt zusammenarbeiten werden.

Es liegt in aller Interesse, nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern Wahrheiten ans Tageslicht zu bringen, um so die Interessen der Justizbediensteten nachgehen und wahren zu können.

## Wortbruch durch das Justizministerium?




Trotz gegenteiliger klarer Zusagen unseres Justizministeriums, namentlich in der Person des Herrn Koldehoff, erhielt die DJG die bereits am 30.07.2007 durch die Justizministerin in Kraft gesetzte neue AV für die Sozialen Dienste der Justiz, ohne vorher die Möglichkeit der Kenntnisnahme und Diskussion durch die Kolleginnen und Kollegen gehabt zu haben, da uns bislang kein Entwurf der AV vorgelegt worden war. Und das, obwohl wir die Justizministerin rechtzeitig darauf hingewiesen hatten, dass uns bislang noch kein Entwurf der AV durch das Ministerium zur Kenntnis gegeben wurde. Dass es Veränderungsbedarf gibt, zeigt nicht zuletzt die Diskussion über die hier festgeschriebene Bezeichnung "Soziale Dienste der Justiz im Land Brandenburg", obwohl wir doch eindeutig dem Brandenburgischen Oberlandesgericht zugeordnet wurden und worauf nach Kenntnisnahme am 06.09.2007 auch der Präsident des OLG großen Wert legte und deshalb eine sofortige Korrektur einleitete. Wie können wir zukünftig mit Zusagen des Justizministeriums umgehen?

Zugesandt von Vertretern der Sozialen Dienste

## Um das „Konzept zur sachgemäßen Reduzierung ....“

ist es still geworden. Ist es die „Ruhe vor dem Sturm“ oder soll der „Mantel des Schweigens“ „Gras über die Sache“ decken?



**Fest steht bisher nur, dass die Justizministerin nicht an den Standorten der Amtsgerichte Zossen, Eisenhüttenstadt, Guben, das Arbeitsgericht Senftenberg und dem Grundbuchamt des Amtsgerichts Bad Freienwalde festhalten will und diese deshalb dem Finanzminister zur Reduzierung der Justizlandschaft Brandenburg angeboten hat.**

Obwohl diese Reduzierungsabsichten mit der **Wirtschaftlichkeit** begründet wurden, ist die Berechnung öffentlich nicht nachprüfbar. Gerade diese Nichtöffentlichkeit nährt Spekulationen darüber, dass die o. g. Gerichte als „**Bauernopfer**“ erhalten müssen und es für deren **Schließung eben keinen sachgerechten Grund** gibt.

Erinnert sei abermals an dieser Stelle, dass auch das Vorhaben des **Zentralen Grundbuchamtes mit Standort Wünsdorf** nicht „vom Tisch“ ist, auch wenn zunächst die 3jährige Pilotierung die Gemüter im Lande beruhigt haben sollte.

Der Landesvorstand empfiehlt daher allen Justizbediensteten des Landes, „**seinen**“ **Landtagsabgeordneten** persönlich aufzusuchen und bei ihm dafür zu werben, dass er sich für den Erhalt der Gerichtsstandorte im Landesparlament einsetzt.

Zur Erleichterung haben wir die Erreichbarkeit der Landtagsabgeordneten zusammengestellt.

**NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!**

### Bürgerbüros der Abgeordneten nach Wahlkreisen

#### **a) Wahlkreise 23-25 (Teltow-Fläming)**

#### **fürs Amtsgericht Zossen**

##### SPD-Abgeordnete

Bochow, Klaus	Potsdamer Str. 116, 14974 Ludwigsfelde	0338-804604
Schulze, Christoph	Breite 1, 15806 Zossen	03377-302675
Prof. Dr. Heppener, Sieglinde	Markt 1-3, 14943 Luckenwalde	03371-613975
Dr. Schröder, Ester	Käthe-Kollwitz-Str. 19, 14943 Luckenwalde	03371-403110

##### CDU-Abgeordnete

Hartfelder, Carola	Schillerstr. 34, 14913 Jüterborg	03372-4407475
--------------------	----------------------------------	---------------

##### Die Linke-Abgeordnete

Wehlan, Kornelia	Zinnaer Str. 36, 14943 Luckenwalde	03371-406544
------------------	------------------------------------	--------------

**b) Wahlkreis 29-30 (Oder-Spree)****fürs Amtsgericht Eisenhüttenstadt**SPD-Abgeordnete

Siebke, Ingrid Karl-Marx-Str. 35 c, 15890 Eisenhüttenstadt 03364-44282  
Alter, Elisabeth Eisenbahnstr. 9, 15517 Fürstenwalde 03361-693339

CDU-Abgeordnete

Karney, Detlef Bodelschwinghstr. 10, 15848 Beeskow 03366-1520057

Die Linke-Abgeordnete

Sarrach, Stefan Schlossstr. 7, 15547 Fürstenwalde 03361-310447  
Böhnisch, Helga Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt 03364-772881

**c) Wahlkreis 31-34 (Märkisch-Oderland)****fürs Amtsgericht Bad-Freienwalde**SPD-Abgeordnete

Fritsch, Gunter Hinterstr. 40, 15374 Müncheberg 0338-804604  
Lieske, Jutta Königstr. 31, 16259 Bad Freienwalde 03344-333820

CDU-Abgeordnete

Blechinger, Beate Otto-Langenbach-Ring 1, 15344 Strausberg 03341-217305  
Justizministerin  
Homeyer, Dirk Hauptstr. 10-12, 15366 Neuenhagen 03342-208010  
Bürgertreff „Im Geyer-Eck“

Die Linke-Abgeordnete

Kaiser, Kerstin Wallstr. 8, 15344 Strausberg 03341-49771  
Adolph, Renate Mahlsdorfer Str. 61, 15366 Hoppegarten/  
OT Hönow 030-99274749  
Stobrawa, Gerlinde Ulmenstr. 15, 15526 Bad Saarow 033631-868618  
Heinze, Wolfgang Fichtenweg 4, 15306 Seelow 03346-884121

**d) Wahlkreis 38-40 (Oberspreewald-Lausitz)****fürs Arbeitsgericht Senftenberg**SPD-Abgeordnete

Gregor, Martina Steindamm 4, 01968 Senftenberg 03573-2004  
Schippel, Werner-Siegmund R.-Breitscheid-Str. 24, 03222 Lübbenau/  
Spreewald 03542-3056

CDU-Abgeordnete

Schier, Roswitha Fr.- Engels-Str. 9a, 03222 Lübbenau/  
Spreewald 03542-3852  
Senftleben, Ingo Cottbuser Str. 2, 01979 Lauchhammer 03574-121224

Die Linke-Abgeordnete

Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger Bahnhofstr. 28, 01968 Senftenberg 03573-148465



## e) Wahlkreise 41-42 (Spree-Neiße)

## fürs Amtsgericht Guben

### SPD-Abgeordnete

Dr. Woidke, Dietmar                      Cottbuser Str. 41 e, 03149 Forst (Lausitz)      03562-7670

### CDU-Abgeordnete

Schulz, Monika                              Kirchstr. 24, 03172 Guben                      03561-2348

### Die Linke-Abgeordnete

Wöllert, Birgit                              Bahnhofstr. 1, 03180 Spremberg                      03563-601366

Thiel, Wolfgang                              Cottbuser Str. 54, 03149 Forst (Lausitz)                      03562-693434

## Schiff ahoi - Abschlussfeier 2007

Es ist mal wieder soweit, dass sich bald ein Jahr langsam gen Ende neigt. Und warum im Dezember dem alten Jahr gedenken, wenn allerorts Weihnachtsfeiern stattfinden? Es geht auch anders – im November! Daher wollen wir gemeinsam am **Samstag den 10. November 2007** in der Zeit von **10 bis 17 Uhr** eine Schifffahrt unternehmen. Dabei soll ein deftiges Eisbeinessen (Schnitzel ist aber auch ok) und Live-Musik zum Tanzen die Stimmung heben. Los geht es in Berlin an der **Greenwichpromenade Brücke 3** beim Tegeler See (Nähe S-Bahn Station Tegel; U-Bahn Station Alt-Tegel). Mit geentertem Schiff fliehen wir in Richtung Potsdam und kommen doch wieder zurück. **Für die DJG Mitglieder** ist die Schifffahrt mit Eisbeinessen **kostenlos**, jedoch müssen die darüber hinaus geordneten Getränke und Speisen bei der Schiffscrew extra entlohnt werden. Als besonderes Bonbon sind auch **Familienangehörige** und deren **Freunde** eingeladen. Auf den Eintrittspreis von 25 € zahlt die DJG für einen Angehörigen je 5 € so dass diese **lediglich 20 €** pro Person zahlen müssen für die Schifffahrt und das Eisbein-/Schnitzeessen. Also lasst uns zusammen das Schiff zum Schwanken bringen!



**Anmeldungen** bitte mit Namen und Dienststelle oder Mitgliedsnummer bis zum **15. Oktober 2007** an Sabine Wenzel. Ach und noch etwas - Schnitzel oder Eisbein?

## Werbung für die eigene Wahl in den Personalrat einer Behörde ist steuerlich absetzbar

Die Aufwendungen für Werbegeschenke, die einem Kandidat für seine Wahl in den Personalrat einer Behörde entstehen, sind als Werbungskosten steuerlich berücksichtigungsfähig. Das entschied das Finanzgericht Berlin-Brandenburg mit mittlerweile rechtskräftigem Urteil vom 28. März 2007, Aktenzeichen 7 K 9184/06 B und gab damit einem Vorstandsmitglied einer Bezirksgruppe der Deutschen Steuer-Gewerkschaft recht, das zur Vorbereitung seiner Wahl in den Personalrat Werbegeschenke wie z.B. Schlüsselanhänger und Taschenkalender im Wert von ca. 500 € verteilt



hatte. Das Finanzamt hatte die Aufwendungen als solche für „Gewerkschaftspropagandamaterial“ angesehen und den Abzug versagt. Dieser Einschätzung folgte das Finanzgericht nicht. Die Richter weisen vielmehr darauf hin, dass die ehrenamtliche Tätigkeit sowohl für eine Gewerkschaft als auch als Mitglied in einem Personalrat der Sicherung und Verbesserung des eigenen Berufsbereichs dienen und daher in einem engen Zusammenhang mit der Berufstätigkeit des Klägers stünden. Eine private Mitveranlassung bei der Verteilung der Werbegeschenke verneinten die Richter.

## Kurz notiert

### *- vereinfachte Regeln für Verbraucherinsolvenzen*

Das Bundeskabinett hat am 22.08.2007 vereinfachte Regeln für Verbraucherinsolvenzen auf den Weg gebracht. Nach diesem Entwurf soll das förmliche Insolvenzverfahren abgeschafft werden, wenn kein verwertbares Vermögen vorhanden ist. Man soll gleich in das 6-jährige Restschuldbefreiungsverfahren einsteigen können. Es sind wohl aber noch einige Änderungen und Feinheiten abzustimmen.

### *- Vorläufige Steuerfestsetzung bzgl. Rentenbesteuerung*

Das Bundesministerium der Finanzen hat im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder mit BMF-Schreiben vom 3. August 2007 (GZ: IV A 4 – S 0338/07/0003) mitgeteilt, dass die Festsetzung der Einkommensteuer für den Bezug von Leibrenten für Veranlagungszeiträume ab 2005 vorläufig ist.

### *- Bundesjugendausschuss 2007*

Der jährliche Bundesjugendausschuss 2007 findet statt und zwar in Königswinter/Thomasberg vom 30.11.-01.12.2007. Wer aus unserem brandenburgischen Lande bis 27 Jahre alt ist und gern an dieser Tagung als Interessenvertreter der Jugend teilnehmen möchte, bitte unbedingt beim Vorstand melden bis zum Ablauf September 2007 zwecks Anmeldung etc..

### *- Rentenanpassung 2000 und Aussetzen der Rentenanpassung 2004 verfassungskonform*

Das Bundesverfassungsgericht hat mit jetzt veröffentlichtem Beschluss vom 26. Juli 2007 entschieden, dass die Rentenanpassung in Höhe der Inflationsrate im Jahr 2000 sowie die Aussetzung der Rentenanpassung im Jahre 2004 verfassungsgemäß waren (1 BvR 824/03, 1 BvR 1247/07).

### *- mehr Schutz bei Kontenpfändung, das neue P - Konto*

Nach einem Entwurf des Bundeskabinetts zur Reform des Kontopfändungsschutzes soll ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto (P-Konto) eingeführt werden. Auch ohne gerichtlichen Beschluss soll damit der Schuldner die Möglichkeit haben, auf den unpfändbaren Betrag seines Einkommens, welcher auf dem P-Konto eingeht zugreifen zu können. Somit soll die Teilhabe am bargeldlosem Zahlungsverkehr sichergestellt werden und ein Teil überflüssiger Bürokratie abgebaut werden.

**Was können wir verändern oder verbessern? Was kommt zu kurz?  
Eure Meinung ist uns wichtig.**



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,  
Goethestrasse 28,  
15834 Rangsdorf.  
e-mail : [wenzelsabine@t-online.de](mailto:wenzelsabine@t-online.de)